

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Samstag, 11. November 1989, Nr. 263/45 R

Herausgegeben von Fritz Ullrich Fack, Joachim Fest, Jürgen Jeske, Hugo Müller-Vogg, Johann Georg Reißmüller

1,90 DM D 2955 A

Mauer und Stacheldraht trennen nicht mehr

Neue Übergänge / Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus / Zehntausende Ost-Berliner strömen in den Westen / Szenen des Wiedersehens

Von unserem Berliner Korrespondenten Peter Jochen Winters

BERLIN, 10. November. Die elementare Kraft des Volkes hat die Berliner Mauer in der Nacht vom 9. auf den 10. November ins Wanken gebracht. Zehntausende von Ost-Berlinern strömten zu Fuß oder im eigenen Auto über die Sektorenübergänge in Berlin nach West-Berlin. Am Freitagabend begann die DDR damit, neue Übergänge einzurichten und an die dafür vorgesehenen Stellen die Mauer einzureißen. Es kam zu unbeschreiblichen Szenen. Jubelnd begrüßten West-Berliner an den Kontrollpunkten ihre Mitbürger aus dem anderen Teil der Stadt. Passanten winkten den Insassen der DDR-Autos zu, verteilten Süßigkeiten und kleine Geschenke an die Ost-Berliner. Einander Unbekannte lagen sich in den Armen, Tränen in den Augen. Die Ost-Berliner Grenzsoldaten, die von den Grenzängern zunächst wenigstens noch den Personalausweis sehen wollten, kapitulierten bald vor dem Ansturm, öffneten alle Tore und ließen die Menschen ungehindert passieren. Selbst durch das Brandenburger Tor – wo es keinen Übergang gibt – kamen die Menschen aus Ost-

Berlin. Sie überkletterten einfach die Mauer, die hier niedriger ist. Auch von West-Berlin aus überkletterten hier viele die Mauer. An den Übergängen nahmen viele West-Berliner die Gelegenheit wahr, ungehindert nach Ost-Berlin zu spazieren. Auf einer Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus gab Bundesaußenminister Genscher am Abend die Öffnung weiterer Übergänge bekannt. Am Abend wurde unter anderem der Übergang an der Glienickeer Brücke geöffnet. An diesem Samstag und in den nächsten Tagen sollen Übergänge an der Eberswalder Straße, am Potsdamer Platz, der Falckenseer Chaussee, der Puschkinallee, der Stubenrauchstraße, der Wollankstraße und der Philipp-Müller-Straße folgen. DDR-Innenminister Dickel kündigte an Freitagabend an, außerdem sollte der U-Bahnhof Jannowitzbrücke auf Ost-Berliner Gebiet wieder geöffnet werden. Die DDR plane, auch mit der Bundesregierung „die Eröffnung zusätzlicher Grenzübergangsstellen an der Staatsgrenze zur Bundesrepublik zu vereinbaren“. Dickel versicherte im DDR-Fern-

sehen, die neue Reiseregulierung werde dauerhaft sein. Das Bundesinnenministerium in Bonn gab am Freitagabend keine Zahlen mehr über den deutsch-deutschen Reiseverkehr bekannt. Man habe das Zählen aufgegeben, sagte ein Sprecher. Nach Schätzungen seien jedoch mehr als 100 000 DDR-Bewohner in den Westen gekommen. Nur knapp ein Zehntel wolle in der Bundesrepublik bleiben, hieß es im Innenministerium. Das Grenzschutzamt Braunschweig hatte bis 18.00 Uhr 40.146 Reisende gezählt. Am Grenzübergang Duderstadt bei Göttingen brach der Rückreiseverkehr in die DDR am Abend zusammen. Auf westdeutscher Seite entstanden Wartezeiten von bis zu drei Stunden, während sich in der DDR die Fahrzeuge noch auf mehr als zehn Kilometer Länge stauten. Am DDR-Grenzübergang Hirschberg warteten am Freitagabend Tausende von DDR-Bewohnern in einem bis zu 60 Kilometer langen Stau auf ihre Einreise in die Bundesrepublik. Grenzpolizisten auf der Westseite in Rudolphstein berichteten, die Ausreisenden

hätten bis zu vier Stunden auf ihre Abfertigung zu warten. Auf der Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus in Berlin beglückwünschte der Regierende Bürgermeister Momper am Freitagabend die Menschen in der DDR zum Erfolg ihrer „friedlichen und demokratischen Revolution“. Im Beisein von Bundeskanzler Kohl, Außenminister Genscher, dem SPD-Ehrenvorsitzenden Brandt und dem SPD-Vorsitzenden Vogel sagte Momper, das Geschehen nach der Öffnung der Grenzen durch die DDR mit den Begegnungen der Menschen aus Ost und West sehe er nicht als „Tag der Wiedervereinigung, sondern als Tag des Wiedersehens. Während Brandt und Momper von den Teilnehmern der Kundgebung aus West- und Ostberlin frenetisch gefeiert wurden, gab es bei der Rede Kohls viele Pfiffe. Genscher sagte, die Deutschen in der DDR seien nun dabei, wo es um die Freiheit gehe. (Fortsetzung Seite 2; weitere Berichte Seiten 2, 3, 4, 5, 6 und 7; siehe Deutschland und die Welt, Wirtschaft, Feuilleton und Rhein-Main-Zeitung.)

Die Welt am Tag danach

Me. Wenn ein politisches Naturereignis über Nacht zu radikalem Umdenken zwingt, finden am nächsten Morgen die Regierenden ihre Sprache in unterschiedlichem Tempo wieder, am schnellsten neutrale und nicht in Beziehungsgeflechte Eingebundene. Ein Wiener Bundeskanzler, ein Stockholmer Ministerpräsident können ungeschützt von der Öffnung der Berliner Mauer als einem Ereignis der europäischen Geschichte reden, das eine neue politische Landschaft aufscheinen läßt. Danach kann als Zweitschnellster der amerikanische Präsident sich äußern – mit einer Deutschlandkarte auf dem Tisch und an seine und seiner Amtsvorgänger Mahnungen zum Abriß der Mauer erinnernd: „Es läuft in unsere Richtung.“ Ein so großes Wort auszusprechen, hilft die amerikanische Geübtheit beim schnellen Auswechseln von Konzepten.

Danach kommen mit Abstand die zu Vorsicht Genötigten. Die Europäische Gemeinschaft hatte sich für das übernächste Jahr einen schönen Plan gemacht – „ja, macht nur einen Plan“ –, so daß ihr Echo nun verhaltener klingt. Ein Delors als Kommissionspräsident in

Brüssel kann im Prinzip alles Neue begrüßen, sogar eine deutsche Wiedervereinigung, aber nur solange die Voraussetzung stimmt, daß dem großen Design nicht Abtrag geschieht und daß „die europäische Integration ihren Schritt beschleunigt“. Eben dies ist am Donnerstagabend etwas zweifelhaft geworden.

Am wackeligsten stehen „am Morgen danach“ die Führungen der sozialistischen Staaten Europas da, die bisher noch wenig oder gar nichts für die Erneuerung ihrer politischen Systeme getan und sich dabei auf die Unterstützung der DDR verlassen haben. In Prag, in Sofia, in Bukarest werden längere Denkpausen notwendig werden. Aber alle diese Unterschiede des Reagierens machen im Grunde nicht viel aus, denn für Dezember sind die beiden, auf deren Nachdenken, Weiterdenken und Umdenken es am meisten ankommt, miteinander verabredet. Beim Treffen auf ihren Schiffen im Mittelmeer wird für Bush und für Gorbatschow, von dem die Veränderung abhängt, nun Deutschland das wichtigste Thema sein. Die Schiffsführung des aus Jalta gekommenen und von Stürmen schon etwas mitgenommenen Schiffes wird Seemannschaft beweisen müssen.

Modrow: Es geht um den Sozialismus in unserem Land

Der designierte Ministerpräsident warnt die SED / Abrechnung mit der alten Führung vor dem Zentralkomitee

Ws. BERLIN, 10. November. „Es geht in dieser Zeit um die Existenz der Partei und um die Existenz des Sozialismus in unserem Land.“ Das sagte SED-Politbüromitglied Hans Modrow, der am kommenden Montag auf Vorschlag seiner Partei von der Volkskammer zum Ministerpräsidenten der DDR gewählt werden soll, auf der Tagung des Zentralkomitees. „Wo wir uns als regierende Partei mit Konsequenz und in Verantwortung zeigen mußten, haben wir durch Abwarten und Zaudern den Vertrauensverlust weiter beschleunigt.“ „Die Wende ist von der Straße ausgegangen, und wir dürfen das Leninische Prinzip nicht vergessen, daß eine Partei, die ihre Fehler nicht erkennt und anerkennt, die Kraft zur Führung verliert“, sagte Modrow. „Wenn unser Nachdenken wieder erst den Druck der Straße braucht, unser Mut nicht aus uns selber wächst und unser Platz nicht mitten im Dialog des Volkes ist, dann haben wir weder die Kraft noch das Recht, noch das Vertrauen, um zukünftig die Zustimmung der

Partei und der Menschen zu gewinnen.“ Modrow – dessen Rede am Freitag im SED-Zentralkomitee „Neues Deutschland“ im vollen Wortlaut veröffentlicht wurde – rechnete schonungslos mit der alten Führung ab. Das SED-Zentralkomitee beschloß auf seiner Sitzung ein Aktionsprogramm zur Erneuerung der DDR. Darin heißt es, vorgeschlagen werde, „die Volkskammerwahlen auf der Grundlage einer neuen Wahlgesetzgebung durchzuführen. Wir sind für ein Wahlrecht, das eine freie, allgemeine, demokratische und geheime Wahl gewährleistet und in jedem Stadium der Wahl die öffentliche Kontrolle garantiert.“ Das Zentralkomitee befürwortete „eine demokratische Koalitionsregierung. Wir befürworten das Wirken neuer politischer Vereinigungen auf dem Boden der Verfassung und suchen einen Konsens mit ihnen“. Gesetze zur Versammlungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit, ein Wahlgesetz, ein Mediengesetz und eine Veränderung des Strafrechts seien „dringlich“.

Der designierte Ministerpräsident Modrow sagte vor dem Zentralkomitee, auf der Straße würden Forderungen zu freien Wahlen und für einen Volksentscheid zur Verfassung erhoben. Die SED müsse sich diesen Fragen stellen, „wie auch den Fragen zur Identität der Bürger der DDR, die unser Gegner mit Verweis auf die anhaltende Ausreisewelle aufwirft“. Modrow sagte weiter, jetzt bedürfe es einer Volkskammer, „die mit und durch ihre Arbeit Zeugnis dafür gibt, daß sozialistische Demokratie bei uns möglich und gestaltbar ist“. Um die jetzt überall geforderte Rechtsstaatlichkeit in der DDR durchzusetzen, müsse rasch eine intakte, kompetente höchste Volksvertretung geschaffen werden, „die wir gegenwärtig nicht haben“. Wenn hier nicht in den nächsten Tagen etwas Bedeutsames geschehe, gehe der Vertrauensverlust weiter. Die neue Regierung der DDR brauche nicht nur neue Gesichter, sondern vor allem eine neue Qualität und eine neue arbeitsfähige Struktur, sagte der designierte Ministerpräsident. (Fortsetzung Seite 2.)

8 Briefe an die Herausgeber
12 Murren der Moskauer Militärs
Ost-West-Annäherung bringt auch in andere Weltgegenden Bewegung
13 Es gibt nur einen Sozialismus
15 Die Rache des Gutgemeinten
25 Die Geschichte einer politisch gestoppten Sport-Karriere
31 Zwei frühe Theaterstücke von Peter Handke
33 Kunstmarkt
43 Beruf und Chance: Studieren in Deutschland – Gentechnik
Bilder und Zeiten: Nehrus Vision eines modernen Indien
83 Seiten Stellenangebote (Seite 44, V1 – V82)
Rhein-Main-Zeitung
45 Bestechungsaffäre: Bald wieder Aufträge für beschuldigte Firma?
47 Seit 25 Jahren plant Albert Speer in und für Frankfurt

Die Mauer – ein Denkmal?

Von Friedrich Karl Fromme

Ist es der entscheidende Schritt zu einer nachhaltigen Veränderung der DDR – oder ist es ein Versuch der im Augenblick nicht geordneten Führung, das System mit einem riskanten Unternehmen zu stabilisieren? Das ist zu fragen, bei aller Genugtuung darüber, daß Bewohner der DDR und Ost-Berlins erst einmal mit ihren Personalpapieren ohne weiteres in den Westen reisen dürfen und daß alsbald eine Regelung folgen soll, die dies zu zumutbaren Bedingungen möglich macht – ohne Vorweisung eines vom Staat gebilligten Anlasses.

Die DDR-Führung befindet sich im Übergang. Es gibt ein teilerneutes Politbüro mit Köpfen von früher, mit einem Generalsekretär, der sich, sollte er die DDR auf dem Weg der Reformen weiterbringen, in kürzester Frist vollkommen gewendet haben müßte, eine nur amtierende Regierung und einen mutmaßlichen, als reformgeneigt geltenden Ministerpräsidenten. Es kann sein, daß eine Probe darauf gemacht wird, ob Ausreisefreiheit ein Mittel sein kann – politische Homöopathie –, das Ausreisen zu hemmen, das die DDR in eine immer schwerer erträgliche Lage bringt. Bisher läßt sich nicht absehen, ob sich die Abwanderung dem normalen Wechsel von einem Ort zum anderen wenigstens annähern läßt.

Aber auch wenn nur dies stattfände, wäre es die Einleitung einer fundamentalen Veränderung der DDR. Die Mauer würde zu einem Denkmal einer überwundenen Vergangenheit. Der vielbelächelte Satz im Grundvertragsurteil des Bundesverfassungsgerichts, die innerdeutsche Grenze habe rechtlich gesehen die Qualität der Grenze zwischen Ländern der Bundesrepublik, würde zu einer schlichten Realitätsbeschreibung. Der Autoschlösser aus Halle könnte sich jederzeit entschließen, eine ihm gebotene Stelle in Wolfsburg anzunehmen; er brauchte nicht mehr einen immer noch abenteuerlichen und unsicheren Weg über ein anderes Land zu nehmen. Bei der angekündigten Regelung der Übersiedlung steht die DDR unter einem Großzügigkeitsdruck, der daraus folgt, daß jeder auch ohne Genehmigung gehen kann. Zurückzunehmen ist, unter den heute geltenden Umständen, die Reisefreiheit nicht mehr; sie bedarf der Ergänzung durch entsprechende Reisefreiheit der Deutschen in der Bundesrepublik in die DDR.

Das Wort Wiedervereinigung klingt jetzt noch voreilig, auch wenn sich – von rechtsbürgerlicher Wohlstandsbesessenheit bis zu masochistischer Behauptung der deutschen Teilung – falsche Motive hinter solchen Warnungen verbergen. Der Weg ist noch weit. Aber die Gewährung weitgehender Freizügigkeit zwischen zwei Staaten, in denen sich das Empfinden erhalten

hat, einer Nation zuzugehören, setzt einen Prozeß in Gang, der nur noch mit einem anachronistischen Akt äußerster Gewalt abzubremsen wäre.

Bewohner der DDR, die jederzeit gehen können, sind ein veränderter Faktor für die Partei- und Staatsmacht. Von in ihrem Status so veränderten Bürgern geht ein stiller, aber unaufhaltsamer Druck aus in Richtung auf Teilhabe an der staatlichen Gewalt. Das listig konstruierte Monopol einer „Partei der Arbeiterklasse“, die von dieser Klasse offenbar nicht gewünscht wird, läßt sich nicht halten. Wahlfälschungen, die in der Not ausfallen, werden sich nicht mehr machen lassen. Das scheinbare Mehrparteiensystem in der DDR, nach dem Kriege von der Gruppe Ulbricht im Verein mit der sowjetischen Besatzungsmacht schlaue ausgedacht, zeigt schon jetzt Ansätze, an Realität zu gewinnen. Sogar Leute von früher, die das Lied des Sozialismus begeistert mitgesungen haben, erkennen den Reiz, den die Chance bietet, einen selbständigen Anteil an der Macht zu gewinnen. Wenn es einmal Parteien und Wählergruppen gibt, die von der SED unabhängig sind, werden freie Wahlen zwangsläufig. Was den Rechtsstaat angeht, gibt es selbst unter den Juristen, welche die DDR hat ausbilden lassen, seit geraumer Zeit schon ein Streben nach Unabhängigkeit, eine Abneigung dagegen, daß die Justiz, wie es jetzt noch in der Verfassung der DDR steht, dazu dasein solle, unter Aufsicht der Partei den Sozialismus zu hüten.

Einmal aber kommt der Tag, da die Deutschen in der DDR darüber bestimmen können, ob sie sich mit den Deutschen in der Bundesrepublik zu einem Staat zusammenschließen wollen. Hindernisse, wie sie in der Parole „Freiheit geht vor Einheit“ liegen, gibt es dann nicht mehr, auch nicht mehr die Zuflucht vor Unbequemlichkeiten, zu der das wohlklingende Wort nicht selten gedient hat. Dann muß sich die Bundesrepublik, was nach vierzig Jahren manchen schwerfallen wird, zu ihrer Vorläufigkeit bekennen und den Auftrag erfüllen, der am Anfang und am Ende ihres Grundgesetzes steht: sich dem Versuch zu stellen, die deutsche (staatliche) Einheit zu vollenden – in freier Selbstbestimmung des deutschen Volkes. Die Formel, irgendwie werde sich über ein auf unvorhersehbare Weise entstehendes west-östliches Europa die Frage der deutschen Einheit entweder regeln oder erledigen, wird schon jetzt fragwürdig. Die Entscheidung über die deutsche Einheit kommt als erstes. Dann folgt der Entschluß, in welche internationalen Zusammenhänge, die jetzt nicht absehbar sind, sich ein solches Deutschland einordnet, wenn es denn von der Nation beschlossen wird.

Der Bundeskanzler unterbricht seinen Besuch in Warschau

Fortsetzung am Sonntag geplant / „Dynamik in der DDR und Reformen in Polen stehen in einem Zusammenhang“

C.G. WARSCHAU, 10. November. Bundeskanzler Kohl hat am Freitag seinen Besuch in Polen unterbrochen, um an diesem Samstag in Bonn eine Sondersitzung des Kabinetts zu leiten. Zunächst flog Kohl mit allen Ministern, die ihn nach Warschau begleiteten, über Hamburg nach Berlin. Nach Beratungen mit Außenminister Genscher entschloß sich Kohl, das Besuchsprogramm dann von Sonntag an zu Ende zu führen. Kohl will, wenn es die innerdeutsche Entwicklung erlaubt, am Sonntag – der Schlesien-Deutschen wegen – an der Messe in Kreisau teilnehmen und am Dienstag Auschwitz besuchen. Kohl sprach am Freitag nach Kranzniederlegungen am Grabmal des Unbekannten Soldaten, am Ghetto-Denkmal – hier tat Brandt 1970 den Kniefall – und am Grab eines unbekannteren deutschen Soldaten – das jetzt erstmals ein deutscher Regierungschef aufsuchen konnte – mit Ministerpräsident Mazowiecki. Fachminister unterzeichneten neun Abkommen. Die Warschauer Gespräche Kohls und Gen-

schers waren zunehmend von der Entwicklung in Deutschland bestimmt, an der Mazowiecki und Außenminister Skubiszewski gespannter Anteil nahmen. Als Kohl am Ghetto-Denkmal, begleitet von Warschauer Rabbiner und dem Vorsitzenden des Zentralrats der deutschen Juden, Galinski, den Kranz niedergelegt hatte und sich gerade vom Überbleibsel des Ghetto-Aufstands von 1943, Edelman, über dessen Erinnerungen berichtet ließ, veranlaßte er, daß die deutschen Sondergäste, Minister und Wirtschaftsvertreter, neben dem Denkmal zusammengerufen wurden. Ihnen sagte Kohl mit einem Hinweis auf das Singen der Nationalhymne im Bonner Bundestag, die Dynamik in der DDR und die Warschauer Reformen stünden in einem Zusammenhang; die Aufbruchsstimmung in Deutschland vierzig Jahre nach den Staatsgründungen und der gleichzeitige Neubeginn in Polen symbolisierten gemeinsame Hoffnungen. Kohl teilte in Warschau mit, er wolle nach der Rückkehr nach Bonn mit dem

Staatsratsvorsitzenden Krenz und dem designierten Ministerpräsident Modrow „sehr rasch“ Kontakt aufnehmen und sie möglichst bald treffen, nicht notwendigerweise in Ost-Berlin, aber vermutlich in der DDR. Er, Kohl, wolle alles tun, um die Verantwortlichen in der DDR zu sofortigen Reformen zu bewegen, damit möglichst viele Deutsche in der DDR bleiben. Er wiederholte das Angebot zu „umfassender wirtschaftlicher Hilfe“ unter der Bedingung, daß „der Willen und die Bereitschaft zu Reformen erkennbar sein müssen“. Die Lage sei dramatisch. Nun sei zu wünschen, daß der zentrale Punkt notwendiger Reformen erkannt werde: Pluralität, freie Gewerkschaften, freie Parteien und die Möglichkeit freier Wahlen. Kohl sagte, er empfinde Sympathie für die Übersiedler und Flüchtlinge, aber auch für diejenigen, „welche die Dinge zu Hause ändern wollen“. Die Fluchtbewegung sei eine Herausforderung, die von der Bundesrepublik Deutschland bewältigt werden müsse. (Fortsetzung Seite 2.)

Todor Schiwkow zurückgetreten

V.M. WIEN, 10. November. Das bulgarische kommunistische Zentralkomitee hat den 78 Jahre alten Partei- und Staatschef Todor Schiwkow, nach offiziellen Angaben auf dessen eigenen Wunsch, von seinem Parteiamt abgelöst. Nachfolger wurde der bisherige Außenminister Petar Mladenov, der seit 1977 Mitglied des Politbüros ist. Schiwkow wurde in den frühen fünfziger Jahren Parteichef von Sofia und dann nach dem Tode Stalins 1954 bulgarischer Parteisekretär. Von 1962 bis 1971 war Schiwkow Ministerpräsident. Der frühere Parteichef trägt die politische Verantwortung für die gewaltsame Kampagne zur Namensänderung der bulgarischen Türken im Winter 1983/84. Diese Kampagne war der Grund dafür, daß diesen Sommer über 300 000 dieser Türken Bulgarien verließen und viele weitere auch ausreisen wollten. Vor einigen Tagen war es in Sofia in Zusammenhang mit der internationalen Umweltkonferenz zu Demonstrationen gekommen.

Beratungseinrichtung für den Bundestag

K.B. BONN, 10. November. Nach einer siebenjährigen langen Diskussion hat sich der Bundestag jetzt eine Beratungseinrichtung geschaffen, die den Parlamentariern helfen soll, Auswirkungen neuer Technik früher und besser zu beurteilen. Mit der Mehrheit der Koalition ist beschlossen worden, daß für die sogenannte Technikfolgenabschätzung der Ausschuss für Forschung und Technologie zuständig ist, der auch einen Unterausschuss einsetzen kann. Eine anerkannte wissenschaftliche Institution außerhalb des Bundestages soll dem Ausschuss zurarbeiten und Studien zur Abschätzung und Bewertung von Folgen der Technik betreiben. Der CDU-Abgeordnete Rüttgers und der FDP-Abgeordnete Hiltcher haben das als eine sinnvolle Konstruktion begrüßt, mit der dem Parlament mehr Orientierungswissen vermittelt werden könne. Die Wissenschaft könne der Politik aber nicht sagen, was sie tun solle. Die Entscheidung liege mit oder ohne parlamentarische Beratungseinrichtungen beim Bundestag. Im Namen der SPD-Fraktion sagte die Abgeordnete Bulmann von einer eigenen Beratungseinrichtung des Parlaments könne nicht gesprochen werden. Die SPD hatte einen eigenständigen Ausschuss für parlamentarische Technikberatung, ergänzt durch eine wissenschaftli-

che Einheit beim Bundestag, gefordert. Für die Grünen äußerte sich die Abgeordnete Rust unzufrieden über den Koalitionsbeschluß. Die Grünen halten einen Stab hochqualifizierter Wissenschaftler für die Technikberatung im Parlament für erforderlich, der einer organisierten außerparlamentarischen Kritik unterworfen sein müsse.

Ungarn, Österreich, Italien und Jugoslawien wollen kooperieren

BUDAPEST, 10. November (Reuters). Die Außenminister und stellvertretenden Regierungschefs Ungarns, Österreichs, Italiens und Jugoslawiens wollen sich an diesem Wochenende in Budapest treffen, um Perspektiven einer verstärkten mitteleuropäischen Zusammenarbeit zu diskutieren. In dem Entwurf einer gemeinsamen Erklärung der vier Nachbarländer heißt es, sie wollten auf wirtschaftlichem, ökologischem, kulturellem und anderen Gebieten intensiver kooperieren. Man wolle damit der weiteren Verbesserung des „Klimas in Europa“ dienen und den von der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa eingeleiteten Prozeß stärken. Der ungarische Außenminister Horn will zudem eine gemeinsame Sicherheitszone vorschlagen. Er hat ferner angeregt, daß sich die vier Länder mindestens einmal im Jahr zu einer Konferenz treffen sollen.

Zwei neue Verfassungsrichter vom Bundesrat gewählt

fr. FRANKFURT, 10. November. Der Bundesrat hat am Freitag einstimmig zwei neue Richter des Bundesverfassungsgerichts gewählt. Vorangegangen waren langwierige Vorbesprechungen der Parteien, die nötig sind, weil die Richter dieses höchsten Gerichts von den Wahlgremien (ein Zwölfer-Gremium des Bundestages oder, bei der anderen Hälfte der Richter, der Bundesrat) mit Zweidrittelmehrheit zu wählen sind. Die Verständigung zwischen den Parteien pflegt dann zur Einstimmigkeit zu führen. Gewählt wurden Helga Seibert als Nachfolgerin der Richterin Niemeyer im Ersten Senat. Hier lag das „Vorschlagsrecht“ bei der SPD, welcher Frau Seibert angehört, die 50 Jahre alt ist, in Kleinalmerode im nördlichen Hessen geboren wurde und zuletzt Ministerialrätin (mit Grundrechtsfragen befaßt) im Bundesjustizministerium war. Weiter ging es um die Nachfolge des Richters Träger im Ersten Senat. Für ihn wurde Klaus Winter gewählt, 53 Jahre alt, bisher Richter am Bundesgerichtshof, er kommt ebenfalls aus Hessen. Der Vorschlag ging hier von der CDU aus; der

Richterplatz Trägers ist einer von den drei unter den acht Richtern eines jeder der beiden Senate, die mit Richtern eines der obersten Gerichtshöfe des Bundes besetzt werden müssen. Frau Niemeyer und Träger haben am 2. November ihre auf zwölf Jahre begrenzten Amtszeiten vollendet. Sie werden ihre Ämter noch bis zur Ernennung ihrer Nachfolger weiterführen, die dem Bundespräsidenten obliegt. Es sieht so aus, als würden die Entlassungen und die Ernennungen frühestens Ende kommender Woche vollzogen. Danach werden die scheidenden Richter in einer Feierstunde verabschiedet.

Nach der Öffnung der Grenze – Eine Umfrage

F.A.Z. FRANKFURT, 10. November. Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler, Politiker und Kirchenführer äußern sich in einer Umfrage dieser Zeitung zur Situation in Deutschland nach der Öffnung der Grenzen. Unmittelbare Reaktionen gaben unter anderen der Physiker und Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow, Österreichs ehemaliger Bundeskanzler Bruno Kreisky, Joachim Kardinal Meisner, Superintendent Günter Krusche, der Liedermacher Wolf Biermann sowie die Schriftsteller Andrej Szczypiorski, Günter Grass, Sarah Kirsch und Martin Walser. (Siehe Feuilleton.)